

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Blz.: 100 000 Kto-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 13, 29. Juni 2000

A 13861

rechts

Einblicke

Entgleist

Von Helmut Lölhöfel

Wieder einmal hat es eine üble sprachliche Entgleisung gegeben. Der Alt-Bundeskanzler und Ex-Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, zog einen unzulässigen Vergleich mit der Nazi-Zeit.

Anlass war ein Aufruf der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), Produkte solcher Leute zu boykottieren, die Kohl dabei halfen, mit Spenden an die CDU seine früheren Rechtsbrüche materiell auszugleichen. Dazu ließ sich Kohl diese Replik einfallen: „Ich habe mich schon sehr daran erinnert, wie ich als Kind von meiner Mutter immer mitgenommen wurde in Geschäfte, und andere Leute haben da nicht mehr gekauft, weil dort ein Schild hing: ‚Ein Deutscher kauft hier nicht‘.“

Auch wenn ihm missfallen hat, was Simonis sagte, diese Reaktion ist überzogen, geschmacklos, peinlich und unredlich. Kohl, Historiker und Ehrenbürger Europas, hat sich vergriffen. Nicht zum ersten Mal zog er einen schiefen Vergleich dieser Kategorie: Vor etlichen Jahren hatte er den damaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, in einem Atemzug mit dem Nazi-Propagandahetzer Joseph Goebbels genannt. Anzunehmen ist, dass Kohl in beiden Fällen nicht leichtfertig dahergeredet hat. Er nahm in Kauf, dass er mit solchen Parallelen Verwirrung stiftet.

Auffällig ist, dass schon zum zweiten Mal während der CDU-Finanzaffäre auf die deutsche Vergangenheit zurückgegriffen wurde. Die hessische CDU versuchte, Zuflüsse aus Schwarzkonten zu verschleiern, indem sie behauptete, es seien Vermächtnisse jüdischer Gönner aus Übersee, die anonym bleiben wollten.

Der bössartige späte Missbrauch jüdischer Verfolgter und der abwegige Hinweis auf den organisierten Boykott jüdischer Läden sind Ausfälle, die angeprangert gehören, weil Sprache auch Bewusstsein bildet. Diejenigen, die sorglos damit umgehen, müssen innehalten und nachdenken.

Tod wegen Hautfarbe

Die Welle ausländerfeindlicher Gewalt im Osten erreicht mit dem von Rechtsextremen tödlich verletzten Afrikaner Alberto Adriana einen neuen Höhepunkt.

Seite 2 ■

Terrorgefahr wächst

Das Ausspähen politischer und sonstiger Gegner dient militanten Neonazis der Vorbereitung von Anschlägen.

Seite 3 ■

Nachsichtige Richter

Bei einem Prozess in Stade wegen Überfalls auf eine Asylbewerberunterkunft wurden die fremdenfeindlichen Hintergründe verdunkelt.

Seite 4 ■

„Eine Partei machen“

Die rechten Kontrahenten Heiner Kappel, Alfred Mechtersheimer und Rolf Schlierer beäugen sich gegenseitig mit Misstrauen.

Seite 6 ■

Im Untergrund aktiv

Der in Deutschland verurteilte Holocaust-Leugner Germar Rudolf musste nun auch in England abtauchen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Tödliche Hautfarbe**

Der Tod des von rechtsextremen Jugendlichen überfallenen Afrikaners Alberto Adriano ist neuer Höhepunkt einer Welle ausländerfeindlicher Gewalt.

Fast 20 Jahre lang hat Alberto Adriano in Dessau gelebt. Aus dem afrikanischen Mosambik kam er 1980 als Vertragsarbeiter in die damalige DDR und fühlte sich in Deutschland rasch zu Hause: Er absolvierte eine Fleischerlehre, ließ sich zum „Facharbeiter für Plaste“ ausbilden und heiratete 1992 eine Deutsche, mit der er inzwischen drei Kinder hat. „Er war einer unserer fleißigsten und besten Kollegen“, sagt sein früherer Chef, der Geschäftsführer des Fleischverarbeitungszentrums Anhalt. „Alberto war ein ganz lieber, unauffälliger Mensch“, erinnert sich Razak Minhel, der Ausländerbeauftragte der Stadt Dessau. Doch all seine Friedfertigkeit und Freundlichkeit nützten dem 39-jährigen Schwarzafrikaner nichts, als er in der Nacht zum Pfingstsonntag im Stadtpark auf drei angetrunkene und grölende junge Deutsche traf: Die drei jagten den Spaziergänger durch den Park, schlugen ihn zusammen und traten nach ihm. „Sie haben selbst dann noch auf ihn eingetreten, als er längst regungslos auf dem Boden lag“, berichtete ein sichtlich erschütterter Polizeisprecher. Drei Tage nach dem Überfall erlag Alberto Adriano im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen, die Täter befinden sich in Untersuchungshaft.

Der schwarze Familienvater ist das jüngste Opfer einer Welle ausländerfeindlicher Gewalt, die in den neuen Bundesländern seit der Wende bereits etwa 30 Todesopfer und ungezählte Verletzte und Schwerverletzte gefordert hat. Als Spitzenreiter dieser negativen Gewalt gilt Sachsen-Anhalt: Nirgendwo sonst werden so viele Menschen nur wegen ihrer Hautfarbe gejagt, angegriffen und zusammengeschlagen. Allein im letzten Jahr berichtete die Polizei über 114 Vorfälle ausländerfeindlicher Gewalt: So schlugen junge Rechtsradikale am 8. Mai 1999 in Magdeburg einem Mosambikaner eine Schnapsflasche über den Kopf und verletzten ihn dabei schwer. Im November wurde ebenfalls in Magdeburg ein Nigerianer als „Assi“ und „Neger“ beschimpft und angegriffen. Ähnlich erging es mehreren aus der Türkei und Afrika stammenden Spielern einer Wiesbadener Fußballmann-

schaft, die am letzten Pfingstsonntag in Meisdorf von zehn jungen Glatzköpfen mit erhobenen Baseballschlägern verfolgt wurden. Besondere Brutalität zeigten die zwischen 16 und 25 Jahre alten Täter im Fall Adriano: Die drei, von denen zwei wegen rechtsextremer Propaganda vorbestraft sind, zogen ihr Opfer nackt aus und ließen es anschließend schwer verletzt und blutend liegen.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg häufen sich seit der Wende die Fälle sinnloser brutaler Gewalt. Sozialforscher gehen davon aus, dass die Täter von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung getragen werden - bei Umfragen bekennt sich regelmäßig ein gutes Drittel der Jugendlichen offen zu rechtsextremen Grundeinstellungen. „Die rechtsextreme Gewalt ist kein Randphänomen mehr, sie kommt aus der Mitte dieser Gesellschaft“, sagte der aus der früheren DDR stammende Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einem Gespräch mit dem BNR-Korrespondenten. Der SPD-Politiker entdeckte bei den Menschen in den neuen Bundesländern jedenfalls „so etwas ein klammheimliches Einverständnis“ mit dem gewalttätigen Nachwuchs. Ähnlich denken auch die Schweriner Verfassungsschützer, die unlängst in einer internen Studie über eine zunehmende Ausbreitung des national-rassistischen Gedankenguts klagten. Die „Glatzen“ und Skinheads fühlten sich als eine Art Vollstrecker des Volkswillens - Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus drohten inzwischen in einigen Gegenden Ostdeutschlands „zum vorherrschenden Weltbild von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu werden.“

Solche düsteren Prognosen werden durch den Überfall auf Alberto Adriano bestätigt. Er hatte den grölenden jungen Männern lediglich zugerufen, dass sie ein bisschen leiser sein sollten. Das genügte den Tätern offenbar. „Wir lassen uns doch von so einem Ausländerschwein nichts sagen“, erklärte einer der Schläger bei seiner polizeilichen Vernehmung. Auch Angelika Adriano, die Witwe des Opfers, ist sich sicher, dass ihr Mann nur wegen seiner Hautfarbe angegriffen und zusammengeschlagen worden ist. „Alberto musste sterben, weil er Afrikaner war“, sagt die 43-Jährige. Jetzt sitzt sie ratlos mit ihren drei dunkelhäutigen Söhnen in ihrer Neubauwohnung und weiß nicht, was werden soll. Nur eines ist sicher: Sie wird die Leiche ihres Mannes nach Mosambik überführen lassen. „Er hat immer gesagt, dass er für den Fall, dass ihm hier etwas zustoßen sollte, nicht in Deutschland beerdigt werden möchte“, sagte sie. *Sebastian Bähr*

Aktivitäten

Gefahr von Terror

Neonazis spähen zunehmend politische und sonstige Gegner aus. Dies dient auch der Vorbereitung von Anschlägen.

Die Gefahr rechtsextremer Terroraktionen ist in Berlin und Brandenburg derart gewachsen, dass die Sicherheitsbehörden der Bundeshauptstadt eine Neubewertung der Lage präsentieren. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei eine vorrangige Aufgabe, sagte Innensenator Eckart Werthebach, als er am 20. Juni den Jahresbericht 1999 des Landesamtes für Verfassungsschutz vorstellte. Ein Jahr zuvor hatte der CDU-Politiker noch den Ausländerextremismus als größte Gefahr für die innere Sicherheit Berlins bezeichnet.

Seit September 1999 sind Berlin und Brandenburg nur knapp drei Anschlägen militanter Rechtsextremisten entgangen. Hätten diese ihre Ziele erreicht, wären zahlreiche Verletzte und Tote zu befürchten gewesen. Die meisten Opfer hätte vermutlich der erste Anschlag gekostet: Mitte September 1999 begaben sich zwei Berliner Neonazis zu dem Antifa-Treffpunkt „Pesthund“ im Bezirk Prenzlauer Berg. Die Männer hatten Brandflaschen dabei, die sie in das Lokal im Erdgeschoss eines Altbaus werfen wollten. Dabei wären nicht nur Besucher und Personal in Lebensgefahr geraten, sondern auch die Mieterinnen und Mieter der 19 Wohnungen darüber sowie die Kunden und Beschäftigten der vom Treffpunkt nur durch ein Treppenhaus getrennten Bäckerei.

Die beiden Neonazis gaben in Sichtweite des Anschlagszieles auf, weil sie sich beobachtet fühlten. Damit entging Berlin nicht nur einem schweren Verbrechen, sondern offenkundig sogar einer Serie von Attentaten, die auf das Fanal hätten folgen sollen. Dafür spricht, dass jene Neonazis von Sicherheitsexperten den „National-Revolutionären Zellen“ zugerechnet werden. Diese Gruppierung hatte sich in der Neonazi-Publikation „Hamburger Sturm“ im Mai 1999 mit einem „Interview aus dem Untergrund“ präsentiert. Zitat: „Man darf einfach nicht vergessen das wir im Krieg sind mit diesem System und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf“ (Fehler wie im Original). Als Vorbild nennen die „National-Revolutionären Zellen“ die englische Terrorgruppe Combat 18, die

von der britischen Polizei für mehrere Bombenanschläge in London im Frühjahr 1999 verantwortlich gemacht wird. Außerdem findet sich in dem Interview eine Rechtfertigung der Taten des Berliner Polizistenmörders Kay Diesner: „ein ganz persönlicher Akt der Befreiung“.

Wer hinter den „National-Revolutionären Zellen“ steckt, war der Öffentlichkeit bislang unbekannt. Bei Szene-Recherchen zu dem Beinahe-Anschlag auf den Treffpunkt der Linken im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg stellte sich heraus, dass drei Berliner und zwei Brandenburger Neonazis den harten Kern der Gruppe bildeten. Das Quintett mischt auch bei der „Anti-Antifa“-Kampagne mit. Damit wäre wieder einmal mehr belegt, dass die Ausforschung politischer und sonstiger Gegner der Vorbereitung von Anschlägen dient.

Im Mai dieses Jahres konnte die Polizei in Berlin und Brandenburg einen erneuten Anschlagversuch beenden. Ein Brandenburger Neonazi aus der Region Königs Wusterhausen (am Stadtrand von Berlin) wurde verhaftet, weil er sich von einem Mitglied der Berliner Gruppe „Die Vandalen“ ein Präzisionsgewehr samt Zielfernrohr, Schalldämpfer und Munition besorgen wollte. Das Gewehr sollte bei einem Racheakt gegen Linke eingesetzt werden. Der Anlass: In den letzten Monaten haben junge Antifaschisten mehrere Autos von Neonazis in der Region Königs Wusterhausen angezündet. Der Verhaftete zählt nach Ansicht von Sicherheitsexperten ebenfalls zu den „National-Revolutionären Zellen“.

Anfang Juni nahm die Berliner Polizei dann einen aus Brandenburg stammenden Rechtsextremisten fest, in dessen Keller eine zündfähige Rohrbombe gefunden worden war. Diese sollte, auch zur Vergeltung für die Antifa-Anschläge in Königs Wusterhausen, unter das Auto eines Linken gelegt werden.

Den Einsätzen der Polizei ist es zu verdanken, dass die „National-Revolutionären Zellen“ sowie Neonazis aus deren Umfeld bislang keine Terrorserie inszenieren konnten. Vor den jüngsten Festnahmen hemmte vor allem eine größere Durchsuchungsaktion im Oktober 1999 in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen den Aktionsdrang der Rechten. Die Beamten wurden bei zwölf Neonazis vorstellig, die an der „Anti-Antifa“-Kampagne beteiligt sind. Betroffen waren auch die drei Mitglieder des harten Kerns der „National-Revolutionären Zellen“. *Frank Jansen*

Aktivitäten**Nachsichtige Justiz**

Im Prozess wegen des Überfalls auf eine Asylbewerberunterkunft interessieren die politischen Hintergründe nicht.

Eine Horde Jugendlicher hat Bock, jemanden zusammenzuschlagen. Sie gehen auf die Straße und überfallen den erstbesten Passanten. Als sie im niedersächsischen Stade vor Gericht stehen, wird nur nebenbei erwähnt, dass sie bereits wegen des „Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole“ ermahnt worden sind. Sind sie rechtsradikale Schläger? Ihr Opfer war Deutscher, also nicht die übliche rassistische Motivation.

Zwei Wochen später stehen fünf Männer ebenfalls in Stade vor Gericht, die gemeinsam mit mindestens drei Jugendlichen, die bereits verurteilt sind, maskiert und bewaffnet eine Asylbewerberunterkunft gestürmt haben. Der Vater eines Angeklagten aus dem ersten Fall ist bekannt mit einem Angeklagten in diesem Prozess. Als Publikum sind 20 Skinheads in vollem Wicks erschienen. Ein Zeuge trägt auf seiner Jacke einen Aufnäher der „Kameradschaft Elbe-Weser“. Politische Motive, rechtsradikale Verbindungen - kein Thema vor Gericht. Rechte Gesinnung bei Gewalttätern um die 20 Jahre ist normal; wozu genauer hinsehen?

Die Polizei hat eine Waffensammlung und Kartons mit NPD-Flugblättern bei den Angeklagten beschlagnahmt und die rasche Ermittlung und Verhaftung der Täter als Schlag gegen die Szene dargestellt. In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft taucht nicht einmal mehr eine Pistole auf, die bei dem Überfall verwendet wurde, um zwei Nachbarn zu bedrohen. Die Rufe wie „Nigger raus“, die den Überfall begleiteten, werden gleichfalls mit Stillschweigen übergangen. Nur einmal, durch einen Angeklagten selbst, wird der Begriff „Fremdenhass“ eingebracht. Und verhallt.

Über mehrere Jahre hatte die 4500 Einwohner zählende Gemeinde Kutenholz Probleme mit einer örtlichen Jugendgang. Wenn einer zusammengeslagen wurde oder ein Müllcontainer brannte, wurde zwar anonym die Polizei alarmiert. Die traf auf grinsende Skinheads und fand keine Zeugen aus der Bürgerschaft.

In der Nacht zum 10. Mai 1999 wurden Kosovo-Albaner Ziel eines Angriffs; die Scheiben ihrer

Unterkunft wurden zerschlagen, vielleicht auch zerschossen. Kurz vor Mitternacht am 19. Mai dann der Überfall auf ein Gemeindehaus, in dessen Obergeschoss vier Männer aus Sierra Leone untergebracht waren. Drei Asylbewerber retteten sich durch einen Sprung aus dem Fenster, einer blieb unter dem Bett unentdeckt. In wenigen Minuten hatte das Rollkommando die Zimmer verwüstet und war wieder verschwunden. Diesmal gab es Zeugen, und einer hatte sich ein Autokennzeichen gemerkt, das auf die Spur der Täter führte, die ihre Komplizen verrieten. Die Kutenholzer Bürgerschaft wachte auf. Jetzt wird zumindest darüber geredet und nicht länger weggeschaut.

Dass die Asylbewerber Morddrohungen erhalten hatten, dass der Überfall angekündigt worden war und sie mit dieser Information vergeblich bei der Polizei vorstellig wurden - kein Thema im Prozess. Zwar folgte das Gericht nicht den Einlassungen der Angeklagten, wonach es sich um einen „spontanen“ Überfall gehandelt habe, bei dem keine Menschen zu Schaden kommen sollten. Es deutete sich an, dass der mutmaßliche Rädelsführer Aufgaben verteilt hatte, aber das Gericht forschte nicht nach, die Staatsanwaltschaft hatte kein Material dazu geliefert. Nicht Landfriedensbruch, sondern „versuchte gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung“ wurden angeklagt.

Während vier Angeklagte Bewährungsstrafen erhielten, soll Lars Hildebrandt (Jg. 1977) für 18 Monate in Haft. Der gebürtige Bremervörder hat bereits eine rechte Karriere hinter sich, bei der er von der Justiz schonend behandelt wurde; sie beließ es meist bei Ermahnungen. Nur für den Überfall auf einen Jugendtreff in Gnarrenburg 1996, den das NPD-Mitglied militärisch präzise organisiert hatte, während er sich selbst als Fahrer aus dem eigentlichen Geschehen heraushielt, wurde Hildebrandt 1998 zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. Weil das Urteil nach einer Berufung aber erst im April 2000 rechtskräftig wurde, ist kein Widerruf der Bewährung aufgrund neuer Straftaten möglich. Noch im Februar war Hildebrandt an einer Massenschlägerei in Bremervörde beteiligt. Im selben Monat gehörte er zu den Männern, die einen Türken aus Hannover zusammenschlugen, den eine junge Frau per Internet an Hildebrandts neuen Wohnort Neuenkirchen im Alten Land gelockt hatte. Dem Vernehmen nach wird Lars Hildebrandt der Justiz ein weiteres Mal eine Nase drehen: Er hat gute Aussichten, mit einer Berufung gegen sein Urteil Erfolg zu haben und erneut „auf Bewährung“ freizukommen.

Uwe Rupprecht

Aktivitäten

Braune Jubelfeier

In Passau hat der „2. Tag des Nationalen Widerstandes“ stattgefunden. Mit von der Partie war ein Großteil der rechts-extremistischen Prominenz.

Über 4 000 Rechtsextremisten und Neonazis folgten am 27. Mai der NPD in die noch von den Nazis erbaute Nibelungenhalle in Passau. Die NPD mobilisierte bereits Monate im Voraus zur zweiten Großveranstaltung in die Nibelungenhalle nach der Premiere am 7. Februar 1998. Im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ wurden Busgemeinschaften mit Dutzenden von Treffpunkten angeboten.

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten und frisch gewählte NPD-Vize Holger Apfel durfte die Veranstaltung verspätet eröffnen. Zu den geladenen Rednern gehörten Erich Lippok und Rigolf Henning, ehemaliger Republikaner-Funktionär und Aktivist der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Der Arzt Henning aus dem niedersächsischen Verden an der Aller überbrachte „Grüßworte aus Ostpreußen“. Anschließend sprach mit Klaus Soyka ein ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Volksunion, die sich seit Jahrzehnten alljährlich in der Nibelungenhalle trifft. Zu Wort meldete sich der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen FAP, Friedhelm Busse. Der inzwischen in München lebende Busse war in den 60-er Jahren NPD-Aktivist in Nordrhein-Westfalen. Als weitere Redner traten neben anderen Wolfgang Katte, ehemaliges Mitglied der Reichsjugendführung und Sepp Biber, Ex-Funktionär der verbotenen Wiking-Jugend, auf.

Der nationale Solidaritätspreis wurde an die langjährige Vorsitzende der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) und ehemalige Mainzer NPD-Funktionärin Ursula Müller verliehen. Die HNG war in Passau zudem mit einem eigenen Informationsstand vertreten, auf dem die HNG-Netzseiten präsentiert wurden. Auch das NIT Norddeutschland offerierte seine Internet-Seiten und der Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) war mit einem Stand in der Nibelungenhalle dabei.

Das „kulturelle Rahmenprogramm“ wurde von den rechtsextremistischen Liedermachern Lars Hell-

mich, Jörg Hähnel und dem obligatorischen braunen Barden Frank Rennieke ausgerichtet. Anstelle von „Stigger“, dem ehemaligen Gitarristen der neonazistischen Kultband „Screwdriver“, der nach Veranstalterangaben kurzfristig verhindert vor, trug Jens Brucherseifer von der Musikgruppe „Sturmwehr“ sein Balladenprogramm vor.

Der RAF-Mitbegründer Horst Mahler bildete den Auftakt der „programmatisch-inhaltlichen Reden“. Später sollte er auch noch in der „Passauer Neuen Presse“ mit seinen politischen Wunschvorstellungen zu Wort kommen. „Ein revolutionärer Prozess muss dazu führen, dass wir eine Nationalversammlung haben, die eine neue Reichsordnung erlässt“. In dieser Reichsordnung, so Mahler in der Lokalzeitung, wird „der Parlamentarismus keine Rolle mehr spielen“. Auf Horst Mahler folgte mit Christian Worch, ehemaliger Chefideologe der illegalen „Nationalen Liste“, ein Vertreter der sogenannten Freien Nationalisten. Als erster Vertreter der NPD im programmatischen Teil der Veranstaltung ergriff der aktuelle JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller das Wort. Roßmüller gehörte Anfang der 90-er Jahre dem inzwischen verbotenen „Nationalen Block“ an. Seine sattem bekannteten Thesen verkündete den Anwesenden - nach NPD-Angaben sollen es 6 000 gewesen sein - auch der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder, 1998 kläglich gescheiterter NPD-Direktkandidat zum Deutschen Bundestag. Der österreichische Alt-Nazi und ehemalige SS-Freiwillige Herbert Schweiger durfte Grüße aus „Deutsch Österreich“ überbringen.

■ Absage an Parlamentarismus ■

Den Abschluss bildete ein längerer Vortrag des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Der verwies dabei nochmals auf das 3-Säulen-Konzept der NPD. Neben dem Kampf um die Parlamente, verfolgt die NPD den Kampf um die Köpfe und um die Straße. Der Kampf um die Straße soll mit der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition (NAPO) vorangetrieben werden. Die NAPO solle dabei über alle Parteigrenzen hinweg für alle Interessierten offen sein. Denn erst der erfolgreiche Kampf um die Straße eröffne die Aussicht auf einen erfolgreichen Kampf um die Parlamente. Anders als beim Konzept des Rechtsanwalts Horst Mahler scheint beim strategischen Konzept der NPD der Parlamentarismus doch noch eine Rolle zu spielen.

Sönke Braasch

Hintergrund**„Revanchekampf“**

Die Fusionsbestrebungen des Bund Freier Bürger werden von den Kontrahenten Schlierer und Mechttersheimer kritisch beäugt. Untereinander bezichtigt man sich der „Spaltpilz-Politik“.

Heiner Kappel, Nachfolger von Manfred Brunner als Vorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB), läutete beim Parteitag seiner Miniaturformation am 20. Mai in Fulda den Gong zu letzten Runde in der kurzen Parteigeschichte. Bis zum Ende dieses Jahres, so der Wille der Delegierten, wird sich die Partei auflösen. Die finanzielle, organisatorische und personelle Situation mache diesen Schritt erforderlich. Die verbliebenen Getreuen warfen das berühmte Handtuch, denn ein Organisationsgerüst existiert faktisch nicht mehr und die horrenden Schulden machen ein eigenständiges Agieren unmöglich.

Doch Heiner Kappel wäre nicht Heiner Kappel, wenn er nicht umgehend hochfliegende Pläne für einen „Revanchekampf“ verfolgen würde. Im sportlichen Bild gesprochen, könnte man sagen, Kappel erweise sich als Erich Ribbeck der Politik: hartnäckig redet er noch das größtmögliche Desaster schön. Inzwischen räumt er ein, dass die Verbindlichkeiten der Partei in Höhe von rund fünf Millionen Mark jeden möglichen Kooperationspartner abschrecken. Zuletzt hatte die vorwiegend in den neuen Bundesländern tätige deutsche Soziale Union (DSU) bei ihrem Erfurter Parteitag einen Rückzieher gemacht, obwohl auf Vorsitzendenebene bereits eine Fusion mit BFB und Deutscher Partei fest vereinbart war. Die Delegierten mochten der Führung nicht folgen, da ihnen das finanzielle Risiko untragbar erschien.

Kappels Zukunftsplan ist recht einfach, aber mit zahllosen Unwägbarkeiten verbunden, die einen Erfolg sehr fragwürdig erscheinen lassen. Zunächst will er die Reste des BFB in die unbedeutende Deutsche Partei integrieren, deren Vorsitzender, Johannes von Campenhausen, dies begrüßt, dann die bereits anvisierte Fusion mit der DSU vollziehen. Dies wiederum soll, so Kappels Traum, andere Kleingruppen dazu bewegen, sich anzuschließen. Um seine Uneigennützigkeit zu beweisen, bot er in Fulda gar dem anwesenden Ehrenpräsidenten der Deutschen Konservativen und ehemaligen CDU-

Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer an, die Führung einer zu gründenden Sammlungsformation zu übernehmen. Lummer ging nicht explizit auf dieses Angebot ein, machte aber deutlich, dass er Bedarf für eine starke Gruppierung rechts von den Unionsparteien sieht. Um diese zu verwirklichen, das ist allen Beteiligten klar, ist die Einbeziehung der Republikaner unerlässlich. Kappel schränkt vorsichtshalber ein, denkbar sei nur eine geregelte Zusammenarbeit mit den REP, wenn sich dort die „gemäßigten Kräfte“ der Schlierer-Linie durchsetzen und eindeutig dominant sind. All dies zusammen ergebe eine personelle Stärke, mit der „man eine Partei machen“ könne.

Zwar fand der von ihm vorgeschlagene Kurs beim Parteitag eine überwältigende Mehrheit, doch dürfte dieser Umstand vor allem auf den Mangel an Alternativen zurückzuführen sein. Eine realistische Betrachtung zeigt, dass Kappels Vorstoß eher einen Strohalm als einen Rettungsanker darstellt. Zwar waren zahlreiche führende Vertreter größerer und kleinerer Gruppierungen der extremen Rechten in Fulda anwesend, darunter auch Rolf Schlierer und Alfred Mechttersheimer, doch schienen sie kaum zur Rettung des BFB herbeigeeilt, sondern erinnerten eher an Manager von Fußballvereinen, die sich das letzte Spiel eines abgestiegenen Konkurrenten betrachten, um eventuell ein Schnäppchen mit brauchbaren Spielern zu machen.

Roberto Rink, Vorsitzender des DSU, verkündete umgehend seine Distanzierung von dem beschlossenen Schritt. Seine Partei werde sich auf keinen Fall auflösen. Er fühlte sich auch übergangen, da er im Vorfeld nicht unterrichtet worden war. Als fiktive Formationen müssen die in Fulda anwesenden Gruppen Freiheitliche Partei Deutschlands und Aufbruch '99 angesehen werden. Die Zustimmung des Vorsitzenden des Witikobundes, Horst-Rudolf Übelacker, wird folgenlos bleiben, da sich sein Verein als „Gesinnungsgemeinschaft“ versteht und nicht geschlossen einer Partei beitreten kann.

Alfred Mechttersheimer wiederum, der eine um ihn zentrierte Deutsche Aufbauorganisation als Sammlung betreibt, kann zwar niemanden vor den Kopf stoßen, da er möglichst umfassend sammeln will, steht dem Vorhaben aber deutlich ablehnend gegenüber. Noch nicht mal seinen eigenen BFB habe Kappel im Vorfeld einbezogen. Bei ihm, Mechttersheimer, hätten BFB-Mitglieder angerufen, um Informationen über die Entwicklung in ihrer Partei zu erlangen. Die zentrale Frage, so der ehema-

lige Bundestagsabgeordnete, bleibe unbeantwortet: die nach dem Umgang mit den REP. Auch in diesem Bereich hat er eigene, konkrete Vorstellungen. Er setzt seit längerer Zeit auf die Kooperation mit Harald Neubauer und denjenigen Kräften bei den REP, denen der Parteikurs zu bieder-angepasst ist. Gegenwärtig ist nicht einmal ausgemacht, dass Schlierer beim anstehenden Parteitag nochmals eine Mehrheit für seine Linie erhält.

Keine Frage, auch Mechttersheimer befürwortet eine Sammlung wesentlicher Teile der extremen Rechten, aber im Gegensatz zu Kappel weiß er, dass diese nur dann erfolgversprechend sein kann, wenn sie auch Teile der jetzigen Klientel der DVU und enttäuschte frühere Wähler der REP gewinnen kann, also bei gleicher Ausrichtung deutlicher in den Aussagen wird. So ist es kaum verwunderlich, dass Schlierer, der immer noch von einer künftigen Koalition mit den Unionsparteien träumt und vorläufig seine REP als Opposition innerhalb des Systems positionieren will, ihn als lästigen Kontrahenten betrachtet. Folgerichtig wird Mechttersheimer im „Republikaner“ wegen dieser Haltung als Exponent einer „Spaltpilz-Politik“ bezeichnet. Selbst in den Reihen seiner Deutschland-Bewegung regt sich zunehmend Widerspruch gegen diesen Kurs, auch die Delegierten des BFB-Parteitages hätten ablehnend auf dessen „dubiose Neugründung“ reagiert. Stattdessen sei vereinbart worden, dass REP und BFB bei den kommenden Wahlkämpfen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen zusammenarbeiten wollen. Damit scheint sich zu bestätigen, dass die faktische gemeinsame Liste beider Parteien bei der Landtagswahl in Thüringen offenbar mit insgeheimer Zustimmung von Kappel betrieben worden war. Heute wird aus der Not gar die frühere Sünde zur Tugend erklärt. Erfolg war dem Vorhaben bereits in Thüringen nicht beschieden. *Volkmar Wölk*

Hinweis

Winnenden - Der Bundesparteitag der rechtsextremen Republikaner wird am 18./19. November in der Stadthalle der baden-württembergischen Kleinstadt Winnenden statt finden. Die Halle im schwäbischen Remstal ist bereits im Januar gebucht worden. Nach Aussage des CDU-Bürgermeisters ist die Stadt Winnenden an die Buchung gebunden. „Wir haben keine Möglichkeit, diese Veranstaltung zu verhindern“. Derzeit mobilisiert eine Bürgerinitiative gegen den REP-Bundesparteitag.

Grauzone

Die hehre Kunst

Düsteres Leipziger Wave-Gotik-Festival

Als im Vorfeld des Wave-Gotik-Treffens in Leipzig im vergangenen Jahr unter anderen durch die „Grufties gegen Rechts“ auf den Einfluss von Rechtsextremisten hingewiesen wurde, fiel den Organisatoren nichts Besseres ein, als dies abzustreiten oder zu verharmlosen. Die Bewegung sei „unpolitisch“. Als der Druck wuchs, wurde eine öffentliche Diskussion angesetzt, in der die Kritiker sich mit dem ehemaligen „Weißglut“-Sänger Josef Klumb auseinandersetzen sollten. Der neuerliche Auftritt von Klumb entlockte dem Veranstaltungschef Michael Brunner nur die Bemerkung: „Die politische Gesinnung spielt für uns keine Rolle.“ Konkret auf den Auftritt der Klumb-Band „von Thronstahl“ angesprochen, meinte Brunner, hier interessiere nur die Kunst, der politische Anspruch „darf uns nichts angehen“. Die mehrmaligen Ermahnungen durch den Sponsor MDR-Jugendsender „Sputnik“, Klumb auszuladen, blieben ohne Erfolg. Hatte die Veranstaltungs-Sprecherin noch vorher erklärt, dass es keinen Auftritt gäbe, musste erst das Ordnungsamt der Stadt dem Treiben Einhalt gebieten, als sie den Auftritt verbot. Der sächsische Verfassungsschutz habe aus den bisherigen Erkenntnissen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass es zum „Auftritt rechtsextremistischer Gruppen“ und „Verbreitung verfassungsfeindlichen Gedankenguts“ kommen könne.

Trotzdem traten „von Thronstahl“, allerdings ohne Klumb, am Samstag während der „Lichttaufe“ auf: Auf der Bühne stehend, während ihre CD gespielt wurde. Gewalttätig wurde währenddessen gegen Journalisten vorgegangen. Die aktive Verantwortung dafür trage Brunner, so Betroffene, was die Behauptung der persönlichen Freundschaft zu Klumb bestätigen würde.

Als dann öffentlich wurde, dass die Veranstalter bankrott und Brunner mit seiner Partnerin über alle Berge seien, hielt sich die Aufregung in Grenzen. Ob es ein weiteres Treffen dieser Art gibt, ist zur Zeit völlig offen. Zu wünschen wäre, dass die Szene sich stärker mit den rechten Vereinnahmungen auseinandersetzt, wie man es im engagierten Leipziger Jugendzentrum „Conne Island“, einem ehemaliger Veranstaltungsort der Wave-Gotik-Tage, in Zusammenarbeit mit den „Grufties gegen Rechts“ getan hat. *Lukas Kilian*

Verfassungsschutz**Aktionsbereitschaft**

Militante Rechte und Freie Nationalisten sind in Hamburg besonders rührig.

DVU, REP und NPD bieten in Hamburg zurzeit ein schwaches Bild. Für einigen Wirbel sorgten dagegen Neonazis und gewaltbereite Rechtsextremisten. Oder anders formuliert: Während in der Hansestadt 1999 mehr Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt wurden als im Jahr zuvor, ging die Anhängerschaft rechtsextremistischer Bestrebungen insgesamt leicht zurück. Dieses Fazit zog Innensenator Hartmuth Wrocklage bei der Vorstellung des aktuellen Verfassungsschutzberichtes.

Der SPD-Politiker bezifferte das gesamte Potenzial der Rechten auf 1000 Personen. Im Vorjahr waren es noch 60 mehr. Trotz des leicht nachlassenden Zulaufs verübten Rechtsextreme 1999 nach Verfassungsschutz-Recherchen mit 23 mehr Gewalttaten als im Vorjahr (19). Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten insgesamt ging dagegen um 14 Prozent zurück (von 264 auf 228). „Der politische Extremismus ist zwar nicht in der Lage, die Institutionen der freiheitlichen Demokratie ernstlich zu gefährden. Es war ihm aber möglich, die öffentliche Sicherheit in Hamburg zu beeindrucken“, sagte der Präses der Innenbehörde. Einige Ereignisse hätten die Sicherheitsbehörden 1999 vor besonders schwierige Aufgaben gestellt. So sei es den Neonazis mehrfach gelungen, ihre „menschenverachtenden Ziele und Parolen“ im Schutz des Versammlungsrechts öffentlich zu demonstrieren. So organisierten Aktivisten neonazistischer Kameradschaften Aufmärsche gegen die Wehrmachtsausstellung und zu anderen aktuellen Themen. „Mit besonderer Sorge und Aufmerksamkeit sind dabei die verstärkten Aktivitäten neonazistischer Gruppierungen und die dagegen gerichteten Aktionen aus dem linksextremistischen Spektrum zu sehen“, sagte Wrocklage weiter.

Gegen den Hamburger Trend ist die Zahl der so genannten Freien Nationalisten und gewaltbereiten Rechtsextremisten etwas größer geworden. Der Hamburger Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner attestierte diesen Gruppen eine „drastisch gestiegene Aktionsbereitschaft“. Nach einer - durch das 1995 erfolgte Verbot der Nationalen Liste (NL) bedingten - Zeit der Verunsicherung haben sich die

Neonazis, von denen es in der Hansestadt circa 100 gibt, konsolidiert und zu so genannten Kameradschaften zusammengefunden. Neben dem aus der NL hervorgegangenen Kreis um Thomas Wulff (Publikation seit 1998: „Zentralorgan“) ist die „Kameradschaft Bramfeld“ in der Szene tonangebend. Als Sprachrohr dient den Rechten die Schrift „Hamburger Sturm“ - laut Verfassungsschutz die „kommunikative Nahtstelle zwischen Neonazis und der Subkultur der Skinheads“. Die von Torben Klebe angeführte 20 Mann starke „Kameradschaft Bramfeld“ ist laut Verfassungsschutz in der Lage, zu verschiedenen Demos „jeweils eine größere Anzahl von Skinheads zu mobilisieren“.

Unter dem Mantel des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“ haben sich die Neonazis mit Gesinnungsgenossen im Norden der Republik zusammengeschlossen. Die Koordination läuft über das in der Hansestadt ansässige „Aktionsbüro Norddeutschland“. Der Verfassungsschutz zählt in Hamburg insgesamt 200 gewaltbereite Rechtsextreme. Zwischen Elbe und Weser gelingt es der Szene, bis zu 400 militante Mitstreiter für Aktionen zu mobilisieren. Die Schlapphüte stellten fest, dass das Selbstbewusstsein der extremen Rechten bei öffentlichen Aktionen deutlich gestiegen sei. Eine Rolle für die deutlich geschwollenen Hahnen-Kämme spielten „Erfolge bei der juristischen Abwehr von Versammlungsverboten“. Der immer öfter eingeschlagene formal-juristische Weg wird in den einschlägigen rechten Kreisen mittlerweile als „Rechtskampf“ bezeichnet.

Anlass zur Sorge gibt der Hamburger Innenbehörde auch, dass die „Gemengelage von neonazistischer Ideologie und der Subkultur der Skinheads gerade bei jungen Menschen, insbesondere Männern, erkennbaren Anklang findet.“ 43 Prozent der erfassten gewaltbereiten Rechtsextremisten sind bis zu 20 Jahre alt, 28 Prozent bis 25 Jahre, 18 Prozent bis 30 Jahre. Älter sind nur elf Prozent.

Im Gegensatz zu den rührigen Kameradschaften und gewalttätigen Skinheads spielen die rechtsextremen Parteien DVU, Republikaner und NPD zurzeit keine bedeutende Rolle in der Hansestadt. Während die Republikaner und die NPD ihre Mitglieder mit 60 beziehungsweise 90 (jeweils wie im Vorjahr) bei der Stange halten konnten, liefen der DVU 100 Getreue weg. Der Hamburger DVU-Satellit zählt nur 400 Mitglieder. Sonstigen rechtsextremistischen Organisationen (Ex-DLVH, HLA, JN, Aufbruch 99) gehören 320 (1998: 270) Personen an.

Volker Stahl

Verfassungsschutz**Braunes Netzwerk**

Neonazis haben im nördlichsten Bundesland an Einfluss gewonnen.

Die nackten statistischen Zahlen können auch trügen. Darauf wies der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß (SPD) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 1999 hin.

Die Zahl rechtsgerichteter Straftaten nahm von 498 auf 402 ab. Gewalttaten aus dem rechtsextremen Spektrum sanken von 36 auf 24. Alles kein Grund zur Entwarnung, sagte Buß. Die rechte Szene habe sich nur insgesamt gesetzeskonformer verhalten, ohne ihre Aktivitäten zu reduzieren. Im Gegenteil: Die Innenbehörde in Kiel sieht mit Sorge, dass es zwischen den Wahlparteien und den so genannten „Freien Nationalisten“ eine zunehmende Vernetzung gibt. Besonders trifft dies auf die NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten zu.

Die Neonazis hätten im vergangenen Jahr an Einfluss gewonnen, heißt es im Bericht der Verfassungsschützer. Dabei wird auf norddeutscher Ebene länderübergreifend agiert, ja geradezu ein „Netzwerk“ gebildet. Als zentrale Anlaufstelle für die gesamte rechtsextreme Szene im Norden hat sich der „Club 88“ in Neumünster herauskristallisiert, ein über die Landesgrenzen hinaus bekannter Skinhead-Treffpunkt, der in jüngster Zeit immer mehr „politisiert“ wurde. Als ein politischer Drahtzieher mit überregionaler Ausstrahlung auf diesem Gebiet wird der Hamburger Thomas Wulff genannt.

Von Relevanz ist im nördlichsten Bundesland neben den klassischen rechtsextremen Parteien das von Dieter Kern in Lübeck betriebene „Bündnis Rechts“. Bundesweite Bedeutung fällt nach wie vor dem Arndt-Buchdienst und dem Versand der Europa-Buchhandlung von Dietmar Munier in Martensrade (Kreis Plön) zu.

Insgesamt wurden 1999 1480 Mitglieder rechtsextremistischer Verbindungen registriert. Ein Jahr zuvor waren es 1500. NPD/JN legten von 160 auf 200 zu. Die DVU büßte 100 Mitstreiter ein (jetzt 700). Die Republikaner verfügen gleichbleibend über 120 Kräfte. Weitere Zahlen: nicht-neonazistische Rechtsextremisten 120 (1998: 110), neonazistische Rechtsextremisten 40 (40), gewaltbereite rechtsgerichtete Skinheads 300 (270) Anhänger.

Horst Freires

Aktivitäten**17. Juni der Rechten**

Mit 1 000 Teilnehmern rechnete die NPD anlässlich ihres Aufmarsches zum 17. Juni 1953 in Görlitz. Das am Vortag durch die Stadt noch verhängte Versammlungsverbot wegen „polizeilichen Notstands“ wurde erwartungsgemäß wieder aufgehoben. Der NPD wurde auferlegt, lediglich einen Schweigemarsch durchzuführen.

Weder waren am Samstag die erwarteten 1 000 und auch nicht 500 Teilnehmer vor Ort, wie der NPD-KV Dresden behauptete. 250 Anwesende, von denen auf der Abschlusskundgebung noch lediglich 150 zu sehen waren, unter anderen von Blood & Honour Sachsen und Südbrandenburg, Odins Legion und dem Nationalen Widerstand Oberlausitz standen neben Alexander Kleber (JLO Sachsen), Jürgen Krumpholz (NPD-Chef Görlitz) oder Mario Ansorge, der in seiner Diskothek „Wodan“ rechte Musikveranstaltungen durchführte.

Sowohl der Transporter, der als Informationsstand und Bockwurst-Bude diente, als auch das vom Riesaer NPD-Stadtrat Jürgen Günz gefahrene Auto kamen aus dem Landkreis Riesa-Großenhain, wo sich inzwischen der Deutsche Stimme Verlag festgesetzt hat. Verantwortlich für das inhaltlich und orthografisch fragwürdige Flugblatt zeichnete der ebenfalls in Riesa ansässige Jens Pühse.

So schlecht die sprachlichen Grundkenntnisse, so schlecht die Technik auf der Abschlusskundgebung für die das Günz-Auto als Tribüne diente. Umgeben von Sachsen-, JN- und schwarz-weiß-roten Fahnen, sprachen der Bundesvorsitzende Udo Voigt, der „Ostpreußenblatt“-Autor Rigolf Hennig, „Staatspräsident vom Freistaat Preußen“ (KV Dresden) sowie der stellvertretende sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold. Der schimpfte trotz Umzugs auf die „Bonner Bonzenschar“. Görlitz sei „nach einem halben Jahrhundert immer noch eine geteilte Stadt ... Wir verzichten niemals auf unsere Heimat.“ Aber nicht nur die „sog. Zwangsarbeiter“ seien schuld daran, dass Deutschland heute „bankrotter (ist) als die DDR je war.“ Auch die „Landnahme durch Fremde gefährdet die deutsche Substanz“. Der 17. Juni 1953, dem man hier gedenke, sei „vor allem erlebte und praktizierte Volksgemeinschaft.“ Und in Richtung der anderen Veranstaltung drohte er: „Demokraten und Kommunisten“ feierten „auf den Gräbern der Gefallenen ein multikulturelles Straßenfest ... Das werden wir ihnen nie vergessen.“

Lukas Kilian

Ausland**Aktiv im Untergrund**

Der deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf muss sich nun auch in England verstecken.

Nachdem Deutschland im vergangenen Jahr ein Auslieferungsgesuch an Großbritannien gestellt hatte, ist die englische Polizei gegen den 36-jährigen Rechtsextremisten aktiv geworden. Zwei Beamte seien in seiner Wohnung im südostenglischen Küstenstädtchen Hastings aufgetaucht, „freilich nur um festzustellen, daß ich schneller war als sie“, schreibt der Diplom-Chemiker Germar Rudolf im Rechenschaftsbericht seines Verlages „Castle Hill Publishers“, den er kürzlich an Kunden und Förderer verschickt hat. Schon vor der polizeilichen Visite sei er „in volle Deckung“ gegangen und arbeite in England „jetzt quasi aus dem Untergrund“.

Als Buchverleger und Herausgeber der holocaustleugnenden Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) will Rudolf aktiv bleiben, weist seine Unterstützer aber auf Konsequenzen der konspirativen Existenz hin: „Bitte erwarten Sie von mir nicht, dass ich in der Nähe des Fax-Anschlusses oder des Postfaches wohne ... Haben Sie je in einem Krimi gesehen, wie sich Agenten in Feindesland Nachrichten zukommen lassen? Geheime Briefkästen, schmuggeln von Gegenständen mit Nachrichten ... Genau so geht das.“ Per E-Mail sei er problemlos erreichbar.

Rudolf hatte sich zunächst nach Spanien, dann nach England abgesetzt, nachdem das Landgericht Stuttgart ihn im Juni 1995 wegen Volksverhetzung zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt hatte. Grundlage der Entscheidung war das so genannte „Rudolf-Gutachten“, in dem er die Existenz von Gaskammern im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau pseudowissenschaftlich leugnet. Von Großbritannien aus hat er sich zu einem der weltweit wichtigsten Publizisten auf diesem Gebiet entwickelt. Die britischen Behörden haben ihn allerdings lange Zeit nicht behelligt, da Holocaustleugnung im Vereinigten Königreich nicht strafbar ist. Würde er in England gestellt, wäre eine Auslieferung an Deutschland wahrscheinlich.

Für den im belgischen Berchem ansässigen Verein „Vrij Historisch Onderzoek“ (Freie Geschichtsforschung)

gibt Rudolf seit 1997 die Zeitung VffG heraus. Der Rechenschaftsbericht weist eine kontinuierliche Steigerung der bezahlten Abonnements und Freiabos (überwiegend für regelmäßige Spender) von gut 700 (1997) auf rund 1 000 (1999) aus, gestiegen ist aber vor allem die Zahl der kostenlos versandten Probehefte. Somit liegt die offizielle Druckauflage Ende vergangenen Jahres bei 1 700 Exemplaren. Deutlich erhöht hat sich demnach auch die Zahl der Aufrufe der Internet-Homepage von „Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO), für die Rudolf ebenfalls verantwortlich ist. Die von der Website heruntergeladene Datenmenge habe sich 1999 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

Trotz der „aufgezwungenen neuen, unorthodoxen Arbeitsmethoden“ kündigt Rudolf diverse Projekte an, deren Umsetzung allerdings abzuwarten bleibt. So will er englische Übersetzungen holocaustleugnender Standardwerke herausgeben. Dazu zählen sein unter dem Pseudonym Ernst Gauss veröffentlichter Sammelband „Grundlagen zur Zeitgeschichte“, der im Frühsommer auf Englisch erscheinen soll, das Buch „Kardinalfragen zur Zeitgeschichte“, das das Amtsgericht Weilheim im März 1998 bundesweit beschlagnahmen ließ, sowie Gerd Honsiks „Freispruch für Hitler“. Im Spätsommer soll eine Neuauflage des „Rudolf-Gutachtens“ zunächst auf Deutsch, später auf Englisch auf den Markt kommen. Ausbauen will Rudolf seine Internet-Präsenz. Er geht davon aus, dass das Datenvolumen der VHO-Domain bis Ende kommenden Jahres so weit steigen werde, dass es kostengünstiger sei, selbst als Provider aufzutreten: „Es wäre dann also an der Zeit, in den USA ein revisionistisches Internet-Service-Unternehmen aufzubauen mit dem alleinigen Zweck einer internationalen revisionistischen Datenbank, wo man Tausende von Artikeln und Hunderte von Büchern kostenlos abrufen kann“. Als Bündnispartner schwebt dem Deutschen die holocaustleugnende Seite CO-DOH (Committee for Open Debate on the Holocaust) vor, für die der US-Rechtsextremist Bradley Smith verantwortlich ist. In den USA soll auch eine „Fernakademie für freie Geschichtsforschung“ ihren Sitz haben, die Rudolf derzeit mit Freunden aufbaue und die seine englischsprachigen Bücher verlegen werde. Einzelheiten gibt er aber zurzeit noch nicht bekannt.

Für solche Vorhaben bittet Rudolf um Spenden, für die er neben einer englischen Bankverbindung ein Konto nennt, das auf seinen Nachnamen bei der Postbank Essen eingerichtet ist. *Thomas Pfeiffer*

Ausland**Auf der Überholspur**

Die extreme Rechte gibt in Rumänien im Vorwahlkampf die Themen vor. Die bürgerlichen Parteien ziehen nach.

Der Jubel in ganz Rumänien über den Einzug der eigenen Fußballmannschaft ins Viertelfinale war am 20. Juni groß. Die Innenstädte hatten sich in ein Meer von rumänischen Nationalfahnen verwandelt und auf Transparenten wurde die Renaissance der rumänischen Nation beschworen. Doch nicht alle feierten so fröhlich mit. Die Roma-Minderheit des Landes hat in den Stunden des nationalen Freudentaums wenig zu lachen. Werden die Roma doch immer mehr zum Sündenbock für das Ausbleiben des nach 1989 erhofften wirtschaftlichen Erfolgs gemacht.

Im November dieses Jahres finden gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die schon jetzt ihre Schatten vorauswerfen. „Es ist ein düsterer Wahlkampf, in dem sich alle Parteien mit rechtslastigen Vorschlägen überholen wollen“, schreibt der Rumänien-Korrespondent der „tageszeitung“, William Totok aus Bukarest.

Die mit viel Vorschusslorbeeren vor vier Jahren angetretene bürgerliche Koalition, der so genannte Demokratische Konvent, hat in der Bevölkerung rapide an Sympathie verloren. Einige Politiker wollen diesen für sie negativen Trend umkehren, indem sie ganz offen auf die rassistische Karte setzen und sich mit rechten Parolen profilieren wollen. So forderte die Ökologische Partei, die außer dem Namen mit den hiesigen Grünen wenig zu tun hat, die Wiedereinführung der Todesstrafe. Eine harte Hand gegen alle Gesetzesabweicher und die Rückbesinnung auf ein Großrumänien propagiert die gesamte rumänische Rechte seit Jahren. Der Verband der Rechtskräfte (UFD) fordert neben der Wiedereinführung der Todesstrafe die Aufwertung der orthodoxen Kirche als „Heimstätte der rumänischen Nation“. Noch schriller sind die Töne des Schriftstellers und notorischen Antisemiten Tudor, der sich gern zum Führer der Rechten machen würde. Der Präsidentschaftskandidat der Großrumänien-Partei will die „Verwandlung Rumäniens in ein Zigeunerlager“ verhindern und „arbeitsscheue Schwerverbrecher“ zwangsweise in „Arbeitskolonien“ einweisen lassen.

Solche Töne haben bei den Konservativen Nachahmer gefunden. So will der Ende 1999 zurückgetretene christdemokratische Ministerpräsident Radu Vasile mit seiner neugegründeten Rumänischen Volkspartei (PPDR) unter den Slogans Disziplin, Ordnung, Patriotismus in den Wahlkampf ziehen. Dabei hat er sich mit einer Gruppierung aus dem rechtsextremen Lager verbündet, die bisher durch die Forderung nach einem ethnokratischen Staat und der Errichtung von „Zigeunerlagern“ von sich reden machte. Auch Vasile ist schon in seiner Regierungszeit als vehementer Gegner eines multikulturellen Rumäniens aufgefallen.

Am rechten Rand wird auch schon mit Gewalt gedroht. „Der Kommunismus wurde durch Gewalt errichtet. Seine Liquidierung muss durch Gewalt stattfinden“, verkündete Ende März in der auflagenstarken, regierungsfreundlichen Tageszeitung „România liberă“ eine Gruppierung, die sich selbst „Neue Rechte“ bezeichnet. Die 1994 gegründete Gruppe versucht, sich im Wahljahr erstmals mit vier programmatischen Texten in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und strebt eine Intellektualisierung des rechten Diskurses im Lande an.

Nicht nur die Roma beobachten die Entwicklung mit großer Sorge. Ende April drückte der Verband der Jüdischen Gemeinden Rumäniens in einem offenen Brief seine große Sorge über die zunehmende Akzeptanz rechter Ideologie aus und forderte von der Regierung gesetzliche Maßnahmen dagegen. Während die rumänische Presse von diesem Schreiben kaum Notiz nahm, reagierte die radikale Rechte mit weiteren antisemitischen Drohungen gegen die Verfasser. *Peter Nowak*

Hinweis

Berlin - Im Rathaus Kreuzberg ist noch bis 16. Juli die Ausstellung „Betrifft: Aktion 3. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn“ (siehe auch BNR 1/99) zu sehen. Präsentiert werden dabei zahlreiche Dokumente, die belegen, wie sich deutsche Privatpersonen, Behörden, Kirchen, Schulen und Vereine an jüdischem Besitz bereicherten. „Aktion 3“ war der Deckname für die Deportation, „Aktion M“ hieß der Transport von „Beutemöbeln“ ins Reich. Die von dem Historiker Wolfgang Drexen zusammengestellte Ausstellung wurde Ende 1998 erstmals in Düsseldorf gezeigt.

Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4, tgl. 10 - 18 Uhr.

Demokratische Initiativen**Zerstörte Synagogen****Eine Ausstellung präsentiert 14 Rekonstruktionen mit Hilfe des CAD-Verfahrens**

Die Zeittafel im Eingangsbereich der Bonner Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland zählt lapidar die einzelnen Stationen der Verfolgung und Entrechtung auf, vom „Tag der Machtübernahme“ am 30. Januar 1933 bis zur Reichspogromnacht am 9. und 10. November 1938: An beiden Tagen werden mindestens 91 jüdische Mitbürger getötet und 26 000 in Konzentrationslager eingeliefert. 7500 Geschäfte werden beschädigt und geplündert, über 1400 Synagogen und Bethäuser systematisch zerstört - aus einer endlos erscheinenden Liste von Orten, die von Aachen bis Zwesten reicht und, immer wieder von Fotos brennender Synagogen unterbrochen, über drei große Wände des Raumes reicht. Ein Monitor wiederholt eine am 10. November 1938 aufgenommene Filmsequenz vom Brand der Synagoge in Bielefeld: sie zeigt die zusammenstürzende Kuppel und zahlreiche interessierte und neugierige Zuschauer am Fenster und auf den umliegenden Dächern.

Die historische Einleitung eröffnet die erste Präsentation eines ungewöhnlichen Forschungsprojekts, einer Kooperation zwischen der Technischen Universität Darmstadt, dem Ministerium für Bildung und Forschung und der Kunst- und Ausstellungshalle, die noch bis zum 1. September in Bonn zu sehen ist. Hervorgegangen ist die Ausstellung aus einem Seminar, das 1994 unter dem Titel „Visualisierung des Zerstörten“ an der TU in Darmstadt durchgeführt wurde. Ziel des Projektes ist die Computerrekonstruktion deutscher Synagogen. Diese Rekonstruktion beruht auf der Zusammenführung zahlreicher Quellen, Zeichnungen und Planungsunterlagen, zeitgenössischer Fotografien und Darstellungen, schriftlicher und mündlicher Zeugnisse. Vor der Umsetzung der Rekonstruktion im Rechner haben sich die Seminarteilnehmer mit der Geschichte synagogaler Architektur befasst, Archivstudien betrieben und Zeitzeugen befragt. Die Ausstellung führt nun die Rekonstruktionsergebnisse von 14 Synagogen vor. Sie waren, wie zeitgenössische Fotografien eindrucksvoll belegen, bis zu ihrer Zerstörung unverwechselbarer und vielfach prägender Bestandteil der Stadtbilder von Berlin, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Frankfurt, Han-

nover, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Plauen.

Die Ausstellung zeigt neben einigen Originalstücken und Tafeln, die zeitgenössische Quellen abbilden, vor allem Rechner: jeder Rechner ist mit einer Power-Point-Präsentation zur Geschichte und Architektur der jeweiligen Synagoge ausgestattet. Bestimmten Themenfeldern (Geschichte, Grundlagen, Modellierung, äußere und innere Visualisierung) werden dabei eine Vielzahl von Einzelbildern zugeordnet, die abgerufen werden können. Darüber hinaus versucht man, den Rekonstruktionsprozess selbst zu veranschaulichen: zwei Studenten arbeiten anhand des überlieferten historischen Quellenmaterials an der virtuellen Rekonstruktion der Synagoge in Dortmund-Hiltropwall und stehen als Ansprech- und Diskussionspartner zur Verfügung. Zur Ergänzung und Vertiefung werden zwei Filme gezeigt, ein Dokumentarfilm „Zerstörte Synagogen in Deutschland“ von Bernhard Pfletschinger sowie aufwendig hergestellte und besonders anschauliche Simulationsfilme zu den Synagogen in Berlin, Hannover, Köln, München und Plauen. Ein Thema des Dokumentarfilms ist auch das groß angelegte Projekt „Gedenkbuch der Synagogen: Deutschland 1938“, das von Meier Schwarz (Synagogue Memorial Jerusalem) begründet wurde und herausgegeben wird. Der Nordrhein-Westfalen gewidmete Band ist bereits erschienen, in 349 Ortsartikeln wird die erste bildlich-textliche Dokumentation aller jüdischen Gotteshäuser geliefert, die es 1938 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes gegeben hat (Feuer an Dein Heiligtum gelegt: Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen, erarbeitet vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut, Duisburg, hrsg. von Michael Brocke, Verlag und Druckkontor Kamp, Bochum 1999, 706 Seiten, 632 Abbildungen, 88 Mark).

Zur Ausstellung ist ein sehr gründlicher und informativer Katalog erschienen. Er enthält neben der Zeittafel, einem sechsseitigen Literaturverzeichnis und einem Glossar die Beschreibung des Projekts, erläutert die Vorgehensweise bis ins Einzelne, führt in die Architektur der deutschen Synagoge und die Geschichte jüdischer Sakralarchitektur ein und stellt anhand von 70 Abbildungen elf der rekonstruierten Synagogen vor. (79 Seiten, in der Ausstellung 10 Mark, Bezug durch die Buchhandlung Walther König, Telefon 0228/9171-449, Fax -447)

Weiteres Informationsmaterial im Internet unter www.bundeskunsthalle.de sowie auf der Webseite der TU Darmstadt: www.cad.architektur.tu-darmstadt.de.

Theo Meier-Ewert

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 23, 24/2000:

Als politisch korrekte Geschichtsfälschung wird die von Behörden angewandte Praxis bezeichnet, in Papieren „für deutsche Vertreibungsopfer“ bei dem Geburtsort die heutige Staatsbezeichnung hinzuzufügen (23/00). Nachträglich würden damit Landsleute „zu Angehörigen der Vertreiberstaaten ‘umgeflagt’“, empört sich Albrecht Jebens in der Folgeausgabe. Hinter dieser „zweiten geistigen Vertreibung aus der alten Heimat“, welche „fast noch die schlimmere“ ist, stecke Methode, die „nur in der geschichts- und gesichtslosen durch und durch umerzogenen, sich mittlerweile selbst hassenden ‘Gesellschaft der Täter’, früher einmal ‘deutsches Volk’ genannt“, denkbar sei. Die „Würdelosigkeit unserer politischen Klasse“ manifestiert sich nach Ansicht des Nachwuchs-Vertriebenen Rene Nehring in dem Applaus der Bundestagsabgeordneten zu der Grenzanerkennung im Jahr 1990 (24/00). Politische Einflussnahme von Rot-Grün mutmaßen die JF-Autoren Martina Zippe und Jörg Fischer bei der Streichung von Bahnverbindungen nach „Pommern und Ostpreußen“ sowie der Nennung von „ehemals deutschen Bahnstationen nur noch auf polnisch oder russisch“. Den gegenwärtigen Feldzug der 14 EU-Regierungen gegen Österreich interpretiert Andreas Graf Razumovsky, bekannt als langjähriger FAZ-Autor, als Anwendung einer „zivil verbürgerlichten ‘Breschnew-Doktrin’“, deren Schaden für Österreich und Nutzen für die „Vierte Sozialistische Internationale“ sich erst später herausstellen werde (23/00). Erkennbare Zustimmung findet Ernst Nolte, der anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung in München vorschlug, „die einseitige Erinnerung zu erweitern“ und das Berliner Holocaust-Mahnmal „so anzusehen, als wäre es ‘allen Opfern der Ideologiestaatens des 20. Jahrhunderts’ gewidmet“. Karlheinz Weißmann lässt den Laudator Noltens, den in die öffentliche Kritik geratenen Historiker Horst Möller vom Münchner Institut für Zeitgeschichte, „wachsenden Überdross an der moralischen Haupttendenz der Zeitgeschichtsschreibung“ empfinden (24/00). JF-Autor Ivan Denes warnt, dass der deutschen Industrie auch nach erfolgter Entschädigungszahlung keine Rechtssicherheit zu Teil werde, es würde sich immer ein US-Richter finden, der „ein antideutsches Trotzurteil“ verkünde (24/00). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 6/2000:

Das vorliegende Heft zeigt, dass die Autoren trotz dem allenthalben beklagten Niedergang der extremen Rechten die Dummlichkeit (Albernheit/Unanständigkeit) ihrer Argumente steigern konnten. Oben an steht zweifellos Sabine Poling, die die deutsche Wirtschaft angesichts der Entschädigung von Zwangsarbeitern Repressalien ausgesetzt sieht wie die Juden nach der Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath in Paris. Als Zeuge, dass es den „Freiwilligen“ um den Kampf gegen ein antikomunistisches Europa ging, wird „der belgische Ritterkreuzträger Léon Degrelle“ gezeigt, der in einer Berliner Fabrik einen Landsmann, „heute ‘Zwangsarbeiter’ genannt“ begrüßt. Diese Weit-sicht in Bezug auf die europäische Einigung attestiert auch Fritz Stenzel den Nazis („Wie Hitler EWG und Greencard vorbereitet“); dass die von dem NSDAP-Gauwirtschaftsberater Prof. Heinrich Hunke, der bis 1967 als Abteilungsleiter „seine Karriere im niedersächsischen Finanzministerium fort(setzte)!“ entwickelte Planung („Vorstellungen mit europäischem Modellcharakter“) ein besetztes Europa voraussetzte, wird dabei nur beiläufig erwähnt. Karl Richter bejammert die Reorganisation der Bundeswehr, für die es den Ernstfall nicht mehr gebe und für die „kein souveräner Staat mit einer kampfbreiten Armee“ mehr gebraucht werde. Roland Wuttke sieht den Rechtsstaat abdanken, wehre er sich doch nicht gegen „die größere Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands von der linksextremen Szene“. Rechtsextreme Gewalttaten sind für ihn „zumeist unkoordinierte Ausschreitungen sozialer Problemgruppen“. Unter fälschender Bezugnahme auf den Kriminologen Pfeiffer behauptet er eine vielfach höhere Kriminalität ausländischer Jugendlicher. Steffen Ernle, vorgestellt als „Vorsitzender des national-freiheitlichen ‘Cannstatter Kreises’“ beklagt, durch die päpstliche Vergebungsbitte werde „dem ‘auserwählten Volk’ (Hervorhebung von E.), dessen Menge den Messias kreuzigen ließ... ein ethisch-sittlicher Vorrang vor der abendländischen Welt eingeräumt“. Fest stehe, dass der Holocaust „fraglos nicht im Untergang des Judentums mündete“. Schönhuber, dessen mit Horst Mahler verfasstes „Plädoyer für ein anderes Deutschland“ als „Begegnung der beiden bekanntesten ‘Extremisten’“ vorgestellt wird, äußert sich zuversichtlich über die Chancen der extremen Rechten, was in Widerspruch zu dem steht, was er („ich war von meinen Gefühlen hin- und hergerissen“) über den Parteitag des Front National mitteilt. Seine Empfehlung lautet, rechte Parteien sollten „für weibliche Wähler interessant werden“. (khr)

Meldungen

Inland

■ **Bad Gandersheim** - „Todesstrafe für Kinderschänder“ fordert der erstmals bei der HNG-Jahreshauptversammlung am 18. März in Fulda in Erscheinung getretene „Freie Mädelbund“ (FMB; Postfachanschrift im niedersächsischen Bad Gandersheim) auf einer in der Neonazi-Szene kursierenden Unterschriftenliste: „Die gesetzlich vorgesehenen Strafen, die für Kindesmissbrauch stehen, sind eine Ironie gegenüber allen nachkommenden Generationen. Deshalb jetzt: Todesstrafe für Kinderschänder!“ Fast gleichlautend agitiert eine „Initiative ‘Todesstrafe für Kinderschänder’“ des in der JVA Bochum einsitzenden Neonazis Peter Maaßen (s. BNR 7/1998)

■ **Berlin** - In einem Offenen Brief (Datum 15. Juni) ruft der Antisemit Horst Mahler zum „Kampf um unsere Selbstbehauptung gegen die Synagoge“ auf, um die „Existenz als Deutsches Volk“ zu bewahren. Mahler ist der Ansicht: „Der zweite Dreißigjährige Krieg, der unser Jahrhundert durchtobte, kennt nur einen Sieger: das Jüdische Finanzkapital.“ Doch nun, so der ehemalige Linksterrorist, erhebe sich die „germanische Idee der Volksgemeinschaft zu neuem Leben“ und die „nach der militärischen Niederlage des Reiches groß gewordenen Generationen werden jetzt erkennen, dass der Kreuzzug der ‘internationalen Bankengemeinschaft’ (Rothschild) gegen das Deutsche Reich nicht der Hitlerschen Tyrannis galt, sondern dem davon sehr wohl zu unterscheidenden nationalen Sozialismus Deutscher Prägung.“

■ **Brandenburg** - Der wegen Mordes in der JVA Brandenburg einsitzende Neonazi Jens-Werner Klocke („Werwölfchen“) ist ins Kreuzfeuer seiner Kameraden geraten. In der Nürnberger Neonazi-Skin-Schrift „Der Landser“ (Herausgeber: Andreas Kehrberger) wird mit deutlichen Worten vor Klocke gewarnt. Dieser sei ein „Kameradenschwein“, ein „Volksschädling“, ein „Assi“, der für „seine Abzockerei ...bekannt“ sei und Schulden nicht zurückzahlen würde. Klocke wird vorgeworfen, „falsche Tatsachen“ zu verbreiten und Informationen den Behörden zuzuspielen, in deren Folge es Durchsuchungen in der JVA Brandenburg gab und Schriftgut beschlagnahmt wurde. Abschließend heißt es: „Eine Zukunft wird dieses Kameradenschwein nicht mehr haben, denn für diese Taten kann es nur ei-

ne Strafe geben ...“ Autor des „Offenen Briefes“ ist der ebenfalls in der JVA Brandenburg einsitzende Neonazi Andreas Deutloff. Der der Spitzeltätigkeit beschuldigte Klocke war Kopf der rechtsterroristischen Gruppe „Werwolf Jagdeinheit Senftenberg“, deren Mitglieder Daniel Langner, Maik Hoffmann und Silvio Köchel im Dezember 1991 einen Autofahrer erschossen, weil sie einen Wagen für einen Raubüberfall benötigten. Klocke wurde wegen Mordes zu 15 Jahren Haft verurteilt.

■ **Chemnitz** - Aus Anlass des 17. Juni 1953 fand am 3. Samstag des Monats eine Demonstration der Republikaner (BNR 10/2000) statt. Angekündigt wurde dies mit einem vierfarbigen A 3-Faltblatt, auf welchem erneut gegen die Zwangsarbeiterentschädigung und den Sozialdezernenten („SPD kungelt mit gewaltbereiten Linksextremisten“) agitiert wurde. Dieser hielt sich die „links-chaotischen Jugendlichen“: „Sind die Chaoten für ihn so eine Art ‘Hilfspolizei gegen Rechts’?“ Die Demonstration war mit 70 Teilnehmern erwartungsgemäß schwach besucht. Eine Gegendemonstration brachte ein Mehrfaches an Leuten auf die Beine.

■ **Dresden** - Nach nicht einmal eineinhalb Jahren Laufzeit ist der Betrieb des „Café Germania“ in Dresden beendet. Nach der Schließung der gleichnamigen Einrichtung in Berlin Ende 1998 eröffnete das Gründungsmitglied der „Sächsischen Nationalen Liste“ Helmar Braun im Februar 1999 den Treffpunkt. Das mit viel schlechtem Geschmack ausgestattete Objekt war ein Anlaufpunkt für Rechtsradikale unterschiedlicher Couleur. Trotz großspuriger Ankündigungen über ein zu errichtendes Netzwerk „Projekt Café Germania“ musste nun vor den ökonomischen Realitäten kapituliert werden.

■ **Eisenach** - Neuer Landesvorsitzender der NPD in Thüringen ist der 37-jährige Dietmar Plaul. Unter Pauls Amtsvorgängerin Grit Ortleb hatte insbesondere der militante Thüringer Heimatschutz eine dominierende Rolle in der NPD übernommen. Stellvertretende NPD-Landesvorsitzende wurden Andreas Schönleben und Tino Brandt.

■ **Fürth** - Der Skinhead-Laden „Utgard“ hat zum 31. Mai geschlossen. Der neonazistische Szene-Laden in Fürth wurde im März 1999 eröffnet. Er setzte neben dem klassischen Einzelhandel von Textilien, Tonträgern und Devotionalien auch auf den Versandhandel via Internet. Dafür inserierte „Utgard“ in einschlägigen Skinzines.

■ **Fulda** - In Fulda fand Anfang Juni die erste bundesweite Konferenz der von Alfred Mechtersheimer und Harald Neubauer initiierten Deutschen Aufbau Organisation (DAO) statt. Anwesend waren bei dem Treffen unter anderen Roberto Rink, DSU-Bundesvorsitzender, Claudia Wiechmann, FDVP-Bundesvorsitzende, Hans-Georg Rieger, Kopf der Deutschen Freiheitlichen Initiative, Horst Rudolf Übelacker, Vorsitzender des Witikobundes und Otto Scrinzi, „Doyen des nationalfreiheitlichen Lagers Österreich“. Grußworte lagen von Baldur Springmann und Franz Schönhuber vor. DAO-Angaben zufolge sollen sich auch „führende Funktionsträger der Republikaner“ an dem Aufbau beteiligen. Dem vorläufigen DAO-Sprecherkreis gehören Heinz Flöter, Klaus Häbler, Mechtersheimer, Neubauer, Rink, Springmann und Claudia Wiechmann an.

■ **Hamburg** - Der Verein Die Deutschen Konservativen (Hamburg), dem Heinrich Lummer, Ex-MdB (CDU) und einstiger Berliner Innensenator, als Ehrenpräsident vorsteht, hat seinem Juni-Rundbrief den aktuellen Verlagsprospekt des rechtsextremen Arndt-Verlages (Kiel) beigelegt. Direkt bei den Deutschen Konservativen können nun Bücher wie „Hitlers Berghof“, „Hitlers Apparat“ oder „Wagnis Wahrheit. Festschrift für David Irving“ bestellt werden. Ebenso erhältlich sind Videos mit Reden von Horst Mahler, Alfred Mechtersheimer, Reinhard Uhle-Wettler und Alfred Schickel.

■ **Hameln** - Ein neues Neonazi-Untergrundblatt „Reaktion 88“ mit dem Untertitel „Worte die durch Mauern gehen und niemand kann sie stoppen“ wird nach eigenem Bekunden von drei in der JVA Hameln einsitzenden Rechtsextremisten gemacht. Ein Redaktionsmitglied (Ingo W.) gibt an, wegen Totschlags, Körperverletzung und Raubes einzusitzen und der Neonazi-Szene seit fünf Jahren anzugehören. Veröffentlicht ist in der etwa 30 Seiten umfassenden Schrift unter anderem ein Interview mit Klemens Otto (Sektion Nordmark Blood & Honour). Grüße der Redaktionsmitglieder gehen an „Die arische Bruderschaft“, den „HSV-Fanblock“ und an Ursel Müller von der HNG. Bezugsadresse von „Reaktion 88“ ist eine Postfachnummer im thüringischen Sangerhausen.

■ **Heilbronn** - Eine Sommersonnwendfeier haben die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) und der „Nationale Widerstand Stuttgart“ am 17. Juni in Heilbronn veranstaltet. Mobilisiert wurde über diverse Handy-Nummern sowie im Internet. Eingeladen per Mailingliste wurden unter

anderen der in Freiburg lebende österreichische Neonazi Andreas Thierry, der rechtsextreme Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp, der Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung, Helmut Krüger, REP-Landeschef Christian Käs, der Landesverband Baden-Württemberg der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), der als Spitzel in der Neonazi-Skin-Szene verdächtigte Dennis Entenmann, der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), Jürgen Schützinger, und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e.V. (IWG), Klaus-Peter Seifert. Die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) wurde 1999 unter der Bezeichnung „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) neben anderen von dem bisherigen NPD/JN-Kader Achim Ezer gegründet und jüngst umbenannt. Ziel ist die Verwirklichung der Volksgemeinschaft.

■ **Karlsruhe** - Vom „AK Befreiung“ des „Nationalen Widerstandes Karlsruhe“, einer der bundesweit aktivsten Neonazi-Kameradschaften, ist ein so genanntes „Repressionsbüro“ gegründet worden. Dieses hat sich die Aufgabe gestellt, „Bildmaterial des nationalen Widerstandes zum Thema Repressionen zu archivieren“. Gesucht werden Fotos, auf denen unter anderem gezeigt werden soll wie „die Polizei losprügelt“, „die Antifa Rabaz macht“ oder „Verletzte Nationalisten zu sehen sind“.

■ **Kitzingen** - Der Skinhead Klaus Mathes (28) aus dem oberfränkischen Iphofen wurde wegen Volksverhetzung vom Kitzinger Amtsgericht zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe und einer Geldauflage in Höhe von 2 500 Mark verurteilt. Anlass des Strafverfahrens war ein Artikel in dem von Mathes herausgegebenen Skinzine „Franken's Widerstand“. Für das Skinzine hatte Matthes auch schon in der „Deutschen Stimme“ geworben. Der vorbe-strafte Skinhead gehört seit über vier Jahren der NPD an.

■ **Lübeck/Hamburg** - „Ich werde weiterhin gegen dieses System kämpfen, auch wenn ich es zurzeit nur in Form von Briefen tun kann“ verkündet der in Lübeck einsitzende Neonazi und Polizistenmörder Kay Diesner in einem Schreiben an die Redaktion des braunen „Hamburger Sturm“. Veröffentlicht ist in der aktuellen Ausgabe des „Hamburger Sturm“ auch ein Interview mit Diesner. Darin lässt sich dieser über Mitinhaftierte aus: „Es gibt hier fast nur Abschaum, der die Todesstrafe verdient hat.“ Diesner lobt die Knastorganisation

HNG, die „für jeden eingekerkerten Deutschen“ eine „wichtige Hilfe“ sei. Seine Kameraden fordert Diesner auf, die rechtsterroristischen „Turner Diaries“ zu studieren und danach zu handeln: „Bekämpft die wichtigen Feinde!“

■ **Ludwigsburg** - Nach dem Heilbronner REP-Landtagsabgeordneten Alfred Dagenbach (52) hat nun auch sein Fraktionskollege Wolfram Krisch (66) aus Ludwigsburg Probleme mit der Wieder-nominierung zur Landtagswahl bekommen. Anstelle des REP-Gründungsmitgliedes Krisch wurde Axel Ebert Ende Mai zum Landtagskandidaten gekürt. Der Kreisvorsitzende und Regionalrat Ebert ist seit 15 Jahren Mitglied der Republikaner. Zum Zweitkandidaten wurde der Kreisvorsitzende der Republikanischen Jugend, Michael Haag, gewählt. Krisch gehört seit 1992 dem Landtag von Baden-Württemberg an. Ebenfalls seit 1992 sitzt Dagenbach für die REP im Landtag. Dennoch wurde dem Heilbronner Stadtrat die Nominierung verweigert. Der neue Landtag von Baden-Württemberg wird am 25. März 2001 gewählt.

■ **Passau/München** - Auf nach Passau heißt es auch in diesem Jahr für die Anhänger der DVU. Am 23. September wird zum achtzehnten Mal die all-jährliche DVU-Kundgebung in der Nibelungen-halle stattfinden. Als Hauptredner am so genannten „Tag der Nationalen“ ist der DVU-Vorsitzen-de Gerhard Frey angekündigt.

■ **Tübingen** - Auf Beschluss des Amtsgerichts Tübingen (Az: 4Gs312/2000) wurden die Ge-schäfts- und Wohnräume des rechtsextremistischen Grabert-Verlages durchsucht. Beschlagnahmt wurde das 1993 erschienene Buch „Vorlesungen über Zeitgeschichte - Strittige Fragen im Kreuzverhör“ von Ernst Gauss (= Germar Rudolf). In der Be-gründung des Durchsuchungsbefehls heißt es, bei diesem Buch aus „revisionistischer Sicht“ werde der Anschein erweckt, dass es eine gezielte, syste-matische und planmäßige Vernichtung der Juden nicht gegeben habe.

Ausland

■ **Dänemark (Kopenhagen)** - Espen Kristensen, führender Kader der Dänischen Nationalsozialisti-schen Bewegung (DNSB), wurde von der dänischen Polizei festgenommen, da er beim Staatsbesuch des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki ras-sistische Parolen gerufen haben soll. Kristensen, ei-ner der Organisatoren des Hess-Gedenkmarsches in

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 13-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Roskilde 1995, hat Verbindungen zu den bekann-ten bundesdeutschen Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff.

■ **Tschechien (Prag)** - Der Vorsitzende der mili-tanten tschechischen „Narodni alliance“ (Nationa-le Allianz), Vladimir Skoupy, wurde wegen Volks-verhetzung und Verbreitung nazistischer Gedan-kenguts zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Dies berichtete die Zeitung „Mlada Fronta Dnes“. Die neonazistische Grup-pierung „Narodni alliance“ unterhält Kontakte zur deutschen Sektion von Blood & Honour und den so genannten Freien Nationalisten.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto